

Frieden und Gerechtigkeit nachhaltig aufbauen

Birgit Felleisen, Bischöfliches Hilfswerk Misereor
 Dr. Wolfgang Heinrich, Evangelischer Entwicklungsdienst

*Krieg ist eine Folge und eine
 Ursache massiven Unrechts,
 unter dem Menschen leiden,
 und das neue Gewalt
 heraufbeschwört.*

Der Zustand der Welt

Die Welt ist kein friedlicher Ort. 365 politische Konflikte verzeichnet das Heidelberger Konfliktbarometer¹ für das Jahr 2009. In diesem Barometer werden alle politischen Konflikte zwischen Staaten und innerhalb von Gesellschaften erfasst, die ein hohes Potenzial der Gewalteskalation haben oder bereits in gewaltvolle Ausprägungsformen eskaliert sind. 31 dieser politischen Konflikte wurden – zumindest zeitweise – mit „Gewalt hoher Intensität“ ausgetragen. Davon fielen sieben in die Kategorie „Kriege“. Diese Zahlen beinhalten auf den ersten Blick eine schlechte und eine gute Nachricht: Es werden wesentlich mehr politische und gesellschaftliche Konflikte gewaltsam ausgetragen, als wir in Europa wahrnehmen. Die Erfahrung von alltäglicher Gewalt, Zerstörung, Tod und Vergewaltigungen prägt in mehr Ländern das Leben der Menschen, als wir uns vorstellen. Zugleich sagen die Zahlen aber auch: Es werden wesentlich mehr politische Konflikte gewaltfrei, ohne Anwendung von Gewalt gelöst, als gewaltsam ausgetragen. 2009 waren dies 334 der 365 politischen Konflikte. Das bedeutet: Die Fähigkeit, Gefährdungen des Friedens wahrzunehmen und vorbeugend Gewalt verhindernd handeln zu können, ist durchaus vorhanden. Das gibt uns Hoffnung und ermutigt zur Weiterarbeit.

Gewalt fordert Opfer. Im Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, heißt es zu den weitreichenden sozio-ökonomischen und menschlichen Kosten von bewaffneter Gewalt: Mehr als 540.000 Männer, Frauen und Kinder sterben jährlich durch Gewaltanwendung; die Mehrzahl von ihnen in Staaten, in denen keine kriegerischen Auseinandersetzungen stattfinden, sondern vielmehr durch die Auswirkungen von interpersonaler

Gewalt, ausgeübt von organisierten Gangs oder bewaffneten Gruppen, wie sie sich in Krisengebieten und anderen unsicheren Regionen oft bilden. Noch sehr viel mehr Menschen sterben zusätzlich durch indirekte Folgen der bewaffneten Gewalt, z. B. infolge von Vertreibungen, versperrtem Zugang zu Wasser oder zu Gesundheitsfürsorge.² Krieg und Armut sind ein Teufelskreis. „Die stille Hungerkrise, die ein Sechstel der Menschen betrifft, stellt ein ernstes Risiko für Weltfrieden und Sicherheit dar.“³

Krieg ist eine Folge und eine Ursache massiven Unrechts, unter dem Menschen leiden, und das neue Gewalt heraufbeschwört. Die Schwachen und Armen sind in besonderem Maße betroffen. Kinder etwa „sind zunehmend das absichtliche Ziel von Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung, [sie sind] die Opfer der unzähligen bewaffneten Gruppen, die auf Zivilisten Jagd machen“⁴ und die Schwächsten der Gesellschaft treffen. Kinder und Frauen (und Männer) sind im Krieg noch häufiger Opfer sexueller Gewalt, vor der sie oft vollkommen ungeschützt sind. In Kriegsgebieten ist außerdem jede/r Zweite Opfer von Vertreibung⁵ – eine Entwurzelung, die gesellschaftlichen Halt und Stabilität weiter schwächt.

Für bewaffnete Gewalt bezahlen Menschen nicht nur persönlich einen Tribut, auch die Gesellschaft als Ganzes und ihre wirtschaftliche Entwicklung leiden massiv. Dies gilt vor allem für Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen oder in armen und verwundbaren Segmenten der Gesellschaften. Bewaffnete Gewalt hat langfristige negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Von Gewaltkonflikten erschütterte Länder müssen durchschnittlich mit einem um zwei Prozent verringerten Wachstum ihrer Volkswirtschaften rechnen, und dieser Schwund hält auch nach Abklingen der Auseinandersetzungen an.

Die globalen Kosten von Gewalt in Nicht-Konflikt-Konstellationen werden hinsichtlich des Verlustes an Produktivität auf jährlich 160 Mrd. USD geschätzt.⁶ Darüber hinaus hinterlässt bewaffnete Gewalt traumatisierte Individuen und Gemeinschaften, und selbst nach Jahrzehnten kämpfen Menschen mit ihren seelischen Narben. Diese Konsequenzen sind zwar nicht leicht zu sehen, haben aber einen realen und negativen Einfluss auf die Aussichten einer wirtschaftlich-sozialen Regeneration und die Versöhnung.

Von den zumindest zeitweise gewaltsam ausgetragenen 112 Konflikten (ernsthafte Krisen) im Jahr 2009 waren nur sechs Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Alle 31 Konflikte mit hohem Gewaltniveau waren innergesellschaftliche Konflikte. Damit setzt sich ein Trend fort, der seit vielen Jahren zu beobachten ist. Schon zu Beginn der 1990er Jahre wurde offensichtlich, dass das internationale Staatensystem nicht hinreichend gerüstet war, diesen veränderten Konfliktformen zu begegnen. Das vorhandene, nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte Regelwerk der Vereinten Nationen war darauf ausgerichtet, künftige Kriege zwischen Staaten zu verhindern. Bürgerkriegssituationen, in denen eine Regierung gegen die eigene Bevölkerung Krieg führt, hatte man nicht als möglichen Normalfall von gewaltsam ausgetragenen Konflikten vorhergesehen.

Zunehmend ermutigten daher staatliche Akteure zivilgesellschaftliche Organisationen, eine aktive Rolle zu übernehmen und sich einzumischen, während sie vorher bestrebt waren, genau dieses aktiv zu verhindern. In seinem Bericht „Eine Agenda für den Frieden“⁷ reagierte der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros Ghali, auf die veränderte Lage. Sein Ziel war es, präventives Handeln und Friedenssicherung als

vorrangige Aufgabe der Vereinten Nationen zu stärken und die Herausforderungen an die internationale Diplomatie, an die Nothilfe und die Entwicklungsarbeit ebenso zu beschreiben wie die Herausforderungen für internationale militärische Friedensinterventionen. Zivilgesellschaftliche Akteure kamen damit in das Blickfeld und das Umfeld staatlicher Konzepte zur Krisenprävention. Doch schon seit den Dekolonisierungskonflikten in den 1950er und 1960er Jahren hatten sich zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere Kirchen und kirchliche Werke engagiert, um Gewalt zu vermindern und Verhandlungslösungen auf den Weg zu bringen.⁸ Seit Anfang der 1990er Jahre setzten sich Entwicklungsorganisationen weltweit systematisch mit der Frage auseinander, wie gewaltsam ausgetragene Konflikte die Chancen für Entwicklung beeinflussen, und wie umgekehrt die Möglichkeiten und das Potenzial von Entwicklungsarbeit genutzt werden können, Friedenschancen zu eröffnen.⁹

Die zerstörerischen Wirkungen gewaltsam ausgetragener Konflikte nahmen ab den 1990er Jahren noch einmal dramatisch zu, denn lokale Kriegakteure sind heute stärker denn je in das globale System der Produktion und Verteilung von natürlichen Ressourcen und von Waffen integriert. So sind sie in vielen Konfliktgebieten bestens finanziert und munitiert – und vor Sanktionen geschützt. Einige Bürgerkriege und die instabile Lage für die Bevölkerung, die sie mit sich bringen, sind geradezu die Bedingung und Voraussetzung für das Abschöpfen und die globale Vermarktung von kritischen Rohstoffen geworden.¹⁰

Auch der Energiehunger der Industrienationen und der Klimawandel werden in den nächsten Jahrzehnten weitere lokale und zwischenstaatliche Gewaltkonflikte um Ressourcen zur Folge haben. Immer mehr Menschen



*Immer mehr Menschen
finden immer weniger
Möglichkeiten vor, das
Überleben ihrer Familien
zu sichern, immer mehr
Menschen werden ihre
Heimat verlassen müssen.*

*Sie haben über
Generationen erlebt,
dass die sogenannten
Sicherheitsorgane des
Staates, in dem sie leben,
für sie und ihre Familien
Unterdrückung, Unfreiheit
und Leiden, ja sogar Tod
und Zerstörung bedeuten.*

finden immer weniger Möglichkeiten vor, das Überleben ihrer Familien zu sichern, immer mehr Menschen werden ihre Heimat verlassen müssen. „Es liegt auf der Hand, dass dies zu Gewaltkonflikten zwischen den Menschen führt, die sich von ein und demselben Stück Land ernähren oder aus ein und derselben Wasserquelle trinken wollen. Und genauso liegt es auf der Hand, dass man in absehbarer Zeit Umwelt- und Kriegsflüchtlinge nicht mehr sinnvoll voneinander unterscheiden können wird, weil neue Kriege umweltbedingt entstehen und Menschen vor dieser Gewalt fliehen“, heißt es in einem neuen Buch zur Frage „Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird“.¹¹ An der Verstärkung dieses Konfliktes und am Raubbau an den Schöpfungsressourcen beteiligen wir uns alltäglich mit unserem – im Maßstab der Welt betrachtet – bequemen und durchaus luxuriösen Lebensstil.¹²

Deutungshoheit und der Umgang mit gewaltsam ausgetragenen Konflikten

Die internationale Debatte darüber, wie mit dem Konfliktgeschehen in der Welt umzugehen sei, wird von wissenschaftlichen Instituten, Behörden, Bürokratien und Medien in Europa und Nordamerika geprägt. Viele der dadurch entstandenen Konzepte und Strategien haben eines gemeinsam: Sie sind geprägt von der europäisch-nordamerikanischen Perspektive und nehmen kaum oder überhaupt nicht wahr, was in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Osteuropa gedacht wird.

So ist zum Beispiel die Diskussion unter dem Stichwort „vernetzte Sicherheit“,¹³ wie sich zivile und militärische Akteure in einer Kriegssituation zu einander verhalten sollen, in der aktuellen Debatte in Deutschland von der Erfahrung geprägt, die die Bürgerinnen und Bür-

ger Europas nach dem zweiten Weltkrieg mit ihren nationalen Streitkräften gemacht haben. In Deutschland ist der Begriff „Bürger in Uniform“ Leitbild und zugleich treffende Beschreibung für dieses Verhältnis. Menschen aber, die seit vielen Jahren in Bürgerkriegssituationen – wie in Afghanistan oder Somalia – leben, haben oft über Generationen die Erfahrung machen müssen, dass Uniformen und Waffenträger das Gegenteil von Sicherheit bedeuten. Sie haben über Generationen erlebt, dass die sogenannten Sicherheitsorgane des Staates, in dem sie leben, für sie und ihre Familien Unterdrückung, Unfreiheit und Leiden, ja sogar Tod und Zerstörung bedeuten. Darum haben sie in der Regel kein Vertrauen in Menschen in Uniform und Angst vor Bewaffneten. In Bürgerkriegen sind nicht nur Rebellen-Gruppen, sondern auch die staatlichen Sicherheitskräfte Konfliktpartei. Im Fall von internationalen militärischen Interventionen bedeutet dies, dass Menschen den Uniform- und Waffenträgern nicht von vornherein Vertrauen schenken, nur weil die Soldaten einer anderen Nationalität angehören. Wenn nun humanitäre Organisationen oder Entwicklungsdienste in wahrnehmbarer Zusammenarbeit mit militärischen Akteuren auftreten, kann dieses Misstrauen gegenüber Uniformen und Waffen auf die zivilen Helfer abstrahlen. Damit wird die entscheidende Grundvoraussetzung für Aufbauarbeit nach einem Krieg – das Vertrauen den „Fremden“ gegenüber – zerstört.

Die Bedeutung dieser nördlich dominierten Diskurse für die Lebenssituation der Menschen in Konfliktgebieten, für die Konfliktsituation und die Möglichkeiten von Konfliktbearbeitung in Ländern des Südens darf nicht unterschätzt werden. Debatten über Formen der Intervention, über Sicherheit, Frieden, Friedensförderung, die im Norden die Intel-

lekte bewegen und die Geldströme lenken, schlagen im Süden als ganz konkrete Handlungschancen oder -begrenzungen durch, die die Situation vor Ort unmittelbar bestimmen.

Bereits 1999 stellten Südpartner der kirchlichen Hilfswerke eine „neue Welle des Interventionismus“ – auch mit militärischen Mitteln – fest. Sie beschrieben als Gefahr, was in den Folgejahren herrschender Trend wurde, nämlich dass „entwicklungspolitische Instrumente zur Konfliktbearbeitung zunehmend als Folgemaßnahmen von Interventionen eingesetzt werden“¹⁴. In der Konsequenz sei „zu befürchten, dass humanitäre Interventionen abgestuft nach dem Sicherheitsinteresse Deutschlands beziehungsweise der NATO erfolgen werden. ... Entwicklungspolitik kann dann im Gefolge der sicherheitspolitischen Logik zum Reparaturbetrieb verkommen“¹⁵. Eine Studie des Verbandes europäischer, dem Weltrat der Kirchen nahe stehender Entwicklungs- und Hilfsorganisationen – APRODEV (s. S. 23) – stellte 2005 fest, dass sich die grundlegenden Orientierungspunkte der auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union zu verändern begonnen haben. Die Betonung der „Außen- und Sicherheitspolitik“ lässt erkennen, wie sich ein an Bedrohungswahrnehmungen orientiertes Sicherheitsverständnis im öffentlichen Bewusstsein in den Vordergrund schiebt.¹⁶ Dies führt zu primär auf Abwehr, auf Ausgrenzung ausgerichteten Strategien. Andere politische Ziele, sei es die Verpflichtung auf den Frieden (so im Grundgesetz verankert) oder die langfristig angelegte Armutsbekämpfung, wie sie in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen und den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) beschrieben sind, verlieren an Bedeutung. „Die Lebenschancen und die Zukunft der Armen“ werden für „eine vermeintliche ‚Sicherheit Europas‘ geopfert“.¹⁷ Es geht

nicht (mehr) um die Sicherheit aller Menschen, es geht um unsere Sicherheit in den reichen Ländern.

Gerechtigkeit und nachhaltiger Frieden beruhen auf gemeinsamer Sicherheit für alle Menschen¹⁸

Jahrhundertlang hatte in der Menschheitsgeschichte als friedenspolitische Maxime der Satz gegolten: „Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!“ Das praktische Befolgen dieser Maxime hat verheerende Folgen gezeitigt: anhaltende Rüstungsdynamiken, das Schwelgen in Bedrohungsszenarien, der Primat des Militärischen über dem des Zivilen und die Vielzahl von nicht einzuhegenden Gewaltkonflikten mit unzähligen Toten und Verletzten. Heute sprechen alle Erfahrungen dafür, diese Annahme zu revidieren. Die Devise muss vielmehr lauten: „Wenn Du den Frieden willst, bereite den Frieden vor!“¹⁹

Die beiden Kirchen in Deutschland haben diesen Perspektivwechsel argumentativ vorbereitet und neue friedensethische Akzente gesetzt. Im Jahr 2000 legte die Deutsche Bischofskonferenz das Dokument „Gerechter Friede“²⁰ vor. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) folgte im Jahr 2007 mit der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“.²¹ Beiden Erklärungen ist das Leitbild eigen, dass Frieden nicht ohne Gerechtigkeit zu denken und ins Werk zu setzen ist. Die Kirchen werben daher für Ordnungen des Zusammenlebens weltweit, die weiter reichen als nationale Partikularismen. Deshalb sind Christen und Kirchen dem Streben nach weltweiter Gerechtigkeit und den Vorstellungen von „menschlicher Sicherheit“²² verpflichtet. Sie setzen sich für alles Tun ein, das geeignet ist, Gewalt im zwischenmensch-

*Christen und Kirchen
sind dem Streben nach
weltweiter Gerechtigkeit
und den Vorstellungen von
„menschlicher Sicherheit“
verpflichtet.*



Im Bereich der internationalen Politik neigen die Nationalstaaten immer wieder dazu, sich mehr oder minder ausschließlich und kurzsichtig an den eigenen Interessen zu orientieren.

lichen Umgang, in gesellschaftlichen Verhältnissen und im internationalen Kontext zu mindern und zu überwinden. Sie ermutigen zu Partnerschaften mit Menschen, die „leidenschaftlich nach Wegen des Friedens und der Gewaltlosigkeit suchen“²³.

„Internationales Gemeinwohl als Herausforderung der Friedenspolitik“ lautet daher konsequent eine Überschrift in der Erklärung der deutschen Bischöfe. Sie heben hervor: „Friedenspolitik, die im Sinne der Konfliktvermeidung und -vermeidung konsequent das Ziel verfolgt, die Ursachen von Krieg und Gewalt zu bekämpfen und friedensfähige Strukturen aufzubauen, braucht einen gesellschaftlichen Konsens in fundamentalen Wertorientierungen. (...) Im Bereich der internationalen Politik neigen die Nationalstaaten immer wieder dazu, sich mehr oder minder ausschließlich und kurzsichtig an den eigenen Interessen zu orientieren. Fehlt die Orientierung am Gemeinwohl, dann fehlt der Politik der moralische Maßstab, an dem sie sich kritisch zu überprüfen hat. Erst die Perspektive eines übernationalen Gemeinwohls lässt uns erkennen, wo nationalstaatliche Interessenverfolgung ihre Legitimität einbüßt, weil sie elementare Rechte und Interessen anderer verletzt und so leicht zu neuer Ungerechtigkeit oder zur Festreibung überkommener Unrechtsverhältnisse führt.“²⁴ Häufig müssen die Kirchen sich rechtfertigen, sobald ihr politisches und soziales Engagement in dieser Hinsicht konkret wird. Der brasilianische Bischof Hélder Câmara hat dies einmal sehr eindringlich auf den Punkt gebracht: „Wenn ich den Armen zu Essen gebe, nennen sie mich einen Heiligen. Wenn ich danach frage, warum sie in Armut leben, nennen sie mich einen Kommunisten.“ Aber Frieden bedeutet immer auch Gerechtigkeit und ist ohne diese nicht denkbar.²⁵

„Wenn Du den Frieden willst, verhindere, dass der Frieden zerbricht!“

Integraler Bestandteil der Devise, den Frieden zu bereiten, ist die Maßgabe, auch alles zu tun, damit der Frieden keinen Schaden nimmt. So lautet die Fortschreibung: „Wenn Du den Frieden willst, verhindere, dass der Frieden zerbricht!“ Im Sinn des Vorbeugens gilt es, Sorge zu tragen, dass gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische, kulturelle oder ökologische Konflikte nicht gewaltförmig eskalieren. Soll präventives Handeln erfolgreich sein, kommt es zum einen darauf an, dass sich verhandelbare Konflikte nicht in fundamentale Konflikte verwandeln, über die nicht mehr verhandelt werden kann, und die darum häufiger mit Gewalt ausgetragen werden. Zum anderen müssen grundsätzlich die Bedingungen geschaffen werden, dass Differenzen innerhalb und zwischen Gesellschaften nicht mit Gewalt ausgetragen werden. Gewaltkonflikte enden am ehesten durch Sieg und Niederlage, was neue Konflikte heraufbeschwört, auch wenn zunächst einmal „Ruhe und Ordnung“ wiederhergestellt zu sein scheinen. Eine für den Frieden notwendige wechselseitige Anerkennung der Kontrahenten ist dann nahezu unmöglich, ganz abgesehen von der Bewältigung des vorher erzeugten menschlichen Leidens und der materiellen Zerstörung.

So plausibel das Plädoyer für Krisenprävention, gewaltfreien Umgang mit Konflikten und Sicherung des Friedens sein mag, so erheblich sind auch die Schwierigkeiten für seine praktische Implementierung. Gerade in politisch-institutionellen Zusammenhängen sind die Fähigkeiten zur Vorausschau und zum Umgang mit Zufälligkeiten erheblich beschränkt. Viele Barrieren verhindern Erkenntnisse über Wirkungszusammenhänge. Gleichzeitig über-

lagern bei präventiven Maßnahmen oft Eigeninteressen die Empathie für die Konfliktkonstellation. Die Wahrnehmung von Risiken speist sich aus Befürchtungen für das eigene Wohlergehen, aber nicht aus Sorge um die Sicherheit von Menschen und Gesellschaften, in denen Konflikte ausgetragen werden. Die Bereitschaft zu einem präventiven Engagement gerät zudem vielfach unter den Druck anderer Kontroversen. Konfliktprävention ist kein Mittel, das rasche Effekte oder fernsehgeeignete Bilder produziert. Selbst das Kostenargument, dass vorbeugendes Handeln in der Regel weniger aufwändig ist als Interventionen in bereits eskalierte Konflikte, hat im politischen Alltag wenig Überzeugungskraft. Keine Statistik meldet, wenn der Frieden erhalten bleibt.²⁶ Im Gegenteil, die Allgegenwart von bewaffneter Gewalt, Verbrechen und interpersoneller Gewalt gilt heute als Epidemie globalen Ausmaßes. Sie stellt eine fundamentale Herausforderung für die Zukunft der Entwicklung der Menschheit dar, wie es VN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Jahr 2009 formuliert hat.²⁷

Die religiöse Dimension von Konflikten

In fast allen Gesellschaften leben Menschen unterschiedlicher Religions- und Konfessionszugehörigkeit mit- und nebeneinander. Dass die Tatsache, dass Menschen unterschiedlichen Religionen angehören, nicht von sich aus ein Grund für gewaltsam ausgetragene Konflikte ist, belegen jedes Jahr die Zahlen des Konfliktbarometers. Doch umgekehrt stellen Glaubensüberzeugungen nicht immer eine Hoffnung für friedliches Zusammenleben und gewaltlose Konfliktaustragung dar. Die Zugehörigkeit zu einer Religion ist auch oft verbunden mit der öffentlichen und gesellschaftlichen

Abgrenzung zu anderen und einer Betonung der „Identität des Eigenen“. In politischen Umbruchsituationen werden durch den Bezug auf religiöse Wahrheitsansprüche oder Glaubens-traditionen Vorbehalte aktiviert und benutzt, um Mitgliedern eines anderen Bekenntnisses Rechte zu verweigern, in der eigenen Gruppe eine „Wagenburgmentalität“ zu prägen oder um Gewaltanwendung aufgrund nicht-religiöser Interessen zu legitimieren bzw. sich der Mobilisierung zu Gewalt nicht entgegen zu stellen und dafür religiöse Argumente zu benutzen, die Religion „vorzuschieben“. Religion birgt daher auch ein Konfliktpotenzial, das Glaubensanhänger und -vertreter zur Ausübung von geistiger, politischer und wirtschaftlicher Macht gebrauchen oder missbrauchen können.

Die Inanspruchnahme der religiösen Identität von Menschen für politische Auseinandersetzungen hat nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes zugenommen. Dies ließ Religion zuletzt in einem nicht gekannten Maß als Quelle von Konflikten erscheinen.²⁸ Gerade dort, wo die mit der Unabhängigkeit von Staaten, mit formaler Demokratie oder mit Entwicklung verbundenen materiellen und sozialen Hoffnungen nicht erfüllt wurden und die nationalstaatlichen Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt bleiben, ist die Mobilisierung von Ängsten vor der Zukunft oder dem Verlust von kulturellen Werten zu einem erfolgversprechenden Mittel im Kampf um Einfluss und Macht geworden.²⁹ Statt divergierende politische oder wirtschaftliche Überzeugungen und Interessen offen zu legen und zum Gegenstand gesellschaftlicher Debatten und Verhandlungen zu machen, wird die Verbundenheit zu einer sozialen, ethnischen oder religiösen Gruppe und die gleichzeitige Abgrenzung zu anderen in den Mittelpunkt der Suche nach Wegen



Konfliktprävention ist kein Mittel, das rasche Effekte oder fernsehgeeignete Bilder produziert.

*Unterschiede in religiösen
Überzeugungen und
Praktiken sind nicht
Ursache dieser Konflikte.
Sie werden benutzt
und hervorgehoben,
um politischen Zielen eine
„sakrale“ Bedeutung
zu geben.*

aus einer Krise gerückt. Diese Tendenzen zur Abgrenzung werden häufig von radikalen PolitikerInnen geschürt und entwickeln nach kurzer Zeit eine eigene Dynamik von Freund-Feind-Denken, die kaum mehr zu stoppen ist, und sogar eine (vermeintliche) historische Erinnerung beeinflusst, so dass Gemeinsames nicht mehr erinnert wird und vergangene (nicht immer reale) Konflikte ins Zentrum der Geschichtsschreibung rücken.

Unterschiede in religiösen Überzeugungen und Praktiken sind aber nicht Ursache dieser Konflikte. Sie werden benutzt und hervorgehoben, um politischen Zielen – zur Aufrechterhaltung und Legitimation eines bestehenden Machtsystems oder zur Mobilisierung für „neue“ politische Ordnungen – eine „sakrale“ Bedeutung zu geben. Dadurch wird Opferbereitschaft geschaffen oder die Zuspitzung von Konflikten bis hin zum Einsatz von Gewalt gerechtfertigt. Je mehr die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe betont und das Bewusstsein eines grundsätzlichen Unterschieds zu Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften zu politischen Abgrenzungsmerkmalen gemacht werden, desto größer ist die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation von Konflikten entlang religiöser Aufspaltungen. Umso schwieriger wird zugleich eine Konfliktbearbeitung ohne Gewalt. Wahrgenommene religiöse Unterschiede können im Gegensatz zu sozialen oder wirtschaftlichen Interessensunterschieden nicht verhandelt werden.

In der entwicklungspolitischen Arbeit in Gesellschaften, in denen z.B. christlich-muslimische Konfliktlinien offenbar geworden sind, muss differenziert sowohl auf die Vielfältigkeit der Religionen wie auf die aktuelle politische Situation im jeweiligen Land geachtet werden. Verallgemeinernde Aussagen über die

Zusammenhänge zwischen Religionen, Konflikten und ihrer gewaltsamen oder friedlichen Lösung sind kaum zu treffen, und noch weniger sind Vermutungen über die „inhärente Gewaltträchtigkeit“ von einzelnen Religionen tragbar. Inner-religiöse wie inter-religiöse Konfliktlinien müssen jeweils im konkreten Kontext analysiert werden. Dabei spielt die Vielfalt von Glaubensrichtungen genauso eine Rolle wie die spezifischen historischen Erfahrungen, die in jeder Gesellschaft zum Verhältnis zwischen Religion einerseits und Kultur, Politik und Wirtschaft andererseits entstanden sind. Religion ist zwar oft ein eigens zu beobachtender Faktor in politischen Konflikten, aber bei sogenannten „Religionskonflikten“ ist ihre Bedeutung ohne einen genauen Blick auf die politischen, sozialen und ökonomischen Hintergründe und auch die Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften kaum zu verstehen. Ohne ein solches vertieftes Verstehen sind angemessene Strategien zur friedlichen Konfliktbearbeitung nicht zu finden. Dazu gehört auch die Fähigkeit zum kritischen Blick auf die eigene Rolle in Konflikten durch die christlichen Gemeinschaften und Kirchen.

Nachhaltigen Frieden gemeinsam aufbauen

Die Kirchen und kirchlichen Werke betonen, dass nachhaltige Sicherheit und dauerhafter und belastbarer Friede unteilbar sind. „Weder Nord noch Süd noch einzelne Staaten können sie [Sicherheit] für sich allein gewinnen und bewahren, ohne sie der Mehrheit der Bevölkerung und der Völker zugestehen. Sie ist umfassend und beinhaltet zwingend auch persönliche, wirtschaftliche und soziale

Sicherheit als ein wichtiges Gut für alle Menschen. Sie zu verwirklichen erfordert einen globalen Interessenausgleich, der vom Norden erhebliche Zugeständnisse und Veränderungen verlangen wird.³⁰ Damit greifen die Kirchen das vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen 1990 vorgeschlagene Konzept der „menschlichen Entwicklung“ auf.³¹ Die Motive, die solchen Ansätzen zugrunde liegen, unterscheiden sich grundlegend von einer selbstzentriert auf Gefahrenabwehr fixierten Sicherheitsdefinition, und betonen: „Nicht Angst bewegt uns, sondern die Überzeugung, dass eine andere Welt notwendig und möglich ist.“³²

Nicht nur die Vorstellung von Sicherheit, sondern auch die von Konfliktbearbeitung und ihren Mitteln droht dramatisch verkürzt zu werden. Erinnerungswert ist daher, dass die EKD bereits 1994 Sicherheit in den Zusammenhang mit einer gerechten Verteilung der Lebenschancen, der Einhaltung der Menschenrechte, der Stärkung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stellte. Sie folgerte, „dass die Analyse und Beseitigung von Konfliktursachen langfristig die vorrangige Aufgabe darstellt und durch ein kurzfristiges militärisches Krisenmanagement von Symptomen nicht zu ersetzen ist“.³³ Inzwischen haben die in Forschung und Praxis gewonnenen Vorstellungen darüber, was Elemente einer nachhaltigen Friedensstruktur sind, diese Vorstellungen bestätigt. Es sind: „Rechtsstaatlichkeit, die den Schutz von Freiheiten gewährleistet, und die daraus folgende Rechtssicherheit. Ökonomischer Ausgleich, der zum Abbau krasser ökonomischer Ungleichheiten und damit zur Linderung von Not beiträgt. Es sind internationale Organisationen und das Völkerrecht, die dem Schutz vor widerrechtli-

cher Gewalt dienen, und es ist eine Kultur des Umgangs mit Minderheiten und Menschen anderer ethnischer Herkunft, die der Intoleranz und nationalistischen Tendenzen entgegenwirkt.“³⁴

Nachhaltiger Frieden wächst von Innen

Die entwicklungspolitische Arbeit in Konfliktsituationen kann die Konfliktodynamik und die Veränderungen der Beziehungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen mitbestimmen. Gewollt oder ungewollt kann dies eine Eskalation des Konfliktes bewirken oder aber Möglichkeiten des rechtzeitigen Ausgleichs eröffnen. Gerade in Krisensituationen ist es deshalb für die kirchlichen Entwicklungswerke wichtig, die Ursachen und die Dynamik sich zuspitzender Konflikte zu erkennen und dabei besonders den religiösen Kontext im Auge zu behalten, der leicht zur Zuspitzung von Konflikten genutzt wird. Es geht auf der einen Seite darum, die Wechselwirkung zwischen der entwicklungspolitischen Arbeit und der Konfliktentwicklung zu verfolgen und zu verhindern, dass eskalierende Wirkungen eintreten. Weiterhin geht es aber auch darum, konstruktive, gewaltfreie Formen der Konfliktaustragung zu begünstigen. Unter präventiven Gesichtspunkten ist dies besonders dort bedeutsam, wo die Arbeit einer Organisation im multi-religiösen Kontext bereits so wahrgenommen wird, als würde sie weniger einer sozialen, als vielmehr einer religiösen Zielgruppe zu kommen. Das war in der Vergangenheit nicht immer selbstverständlich.

Der Schwerpunkt entwicklungspolitischer Friedensarbeit liegt in der Regel bei einer Konfliktbearbeitung durch langfristige Maßnahmen. Diese Maßnahmen versuchen, auf verschiedene Faktoren eines Konfliktes einzuwirken

*„Nicht Angst bewegt uns,
sondern die Überzeugung,
dass eine andere Welt
notwendig und
möglich ist.“*



Foto: „Pray the devil back to hell“ / EZEF; s. S. 23

*Unser Engagement darf
nicht enden, wenn
„die Sache brenzlich wird“
oder Konfliktlinien
unklar werden.*

ken, einen Ausgleich zwischen den materiellen und geistigen Interessen zu schaffen und konstruktive soziale Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer oder religiöser Herkunft zu ermöglichen. Ergänzend engagieren sich die Kirchen und kirchlichen Hilfswerke, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit zukünftige Konflikte entschärft und die Austragung von Konflikten gesellschaftlich geregelt werden können.

In der kirchlichen Entwicklungspolitik ist es dabei von entscheidender Bedeutung, dass es nicht um „Intervention“ geht, sondern um eine gezielte Unterstützung lokaler Initiativen. Diese darin zu stärken, in ihrer eigenen Situation angepasste Lösungen zu finden und Methoden zu identifizieren, ist Sinn der Arbeit. Ideen, Prozesse und auch das Risiko sind lokal getragen, und damit erhalten sie eine Nachhaltigkeit, die durch Intervention von außen nur schwer oder gar nicht zu erreichen ist. Das bedeutet, dass Partnerschaften mit lokalen Organisationen oft über Jahrzehnte entwickelt und aufrecht erhalten werden und Vertrauen aufgebaut werden kann.

Wie eine Kultur der Toleranz und Gewaltlosigkeit entwickelt werden kann und wie diese mit den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit oder zukunftsfähiger Entwicklung zu verbinden ist, bedarf eines fortlaufenden Dialogs mit den lokalen Partnern und spezifischer Antworten auf die spezifischen Situationen, in denen die Menschen in Krisensituationen leben. Das ist zwar mühsamer als „fertige Konzepte“ anzuwenden, aber zugleich gewinnbringender und vor allem nachhaltiger.

Gerade in Krisen und Umbruchsituationen sind langfristiges Engagement an der Seite der lokalen Partner, Beharrlichkeit, Phantasie reichtum und Innovationsbereitschaft bei der Förderung nach und der Förderung von Zusam-

menarbeit erforderlich. Unser Engagement darf nicht enden, wenn „die Sache brenzlich wird“ oder Konfliktlinien unklar werden. Es darf nicht enden, wenn über Jahre schwer zu sehen ist, was all die Friedensarbeit an einem bestimmten Ort eigentlich „bringt“, wenn doch keine Waffenruhe eintritt.

Gerechtigkeit und Frieden in einer interdependenten Welt

In einem mehr als zweitausend Jahre alten Wort der Menschheit, nämlich im biblischen Psalm 85,11 heißt es: „Gnade und Wahrheit sind sich begegnet, Gerechtigkeit und Frieden küssen sich.“ Aus dem uralten Menschheitswunsch, diese Werte gemeinsam verwirklicht zu sehen, entstehen von jeher Dilemmata. Bedeutsamerweise ist der Psalm überschrieben mit dem Titel „Bitte um neuen Segen“ – genau dieser „neue Segen“ ist es, was Gesellschaften und Menschen in Situationen nach Erfahrungen extremer Gewalt brauchen.

Kirchliche Entwicklungsarbeit muss sich daher neben der Förderung von Projekten dafür einsetzen, Strukturen und Rahmenbedingungen gerechter zu gestalten. Das Konzept eines „gerechten Friedens“ hat seine Grundlage im biblischen Zeugnis, dass Gottes Wirken zu allen Zeiten vom „Gedanken des Friedens“ bestimmt ist (Jer 29,11). Die Kirchen haben immer wieder betont, was zur christlichen Überzeugung gehört: Wer aus Gottes Frieden lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein. In der Bergpredigt sagt Jesus über die Friedensstifter, „sie werden Kinder Gottes heißen“ (Mt 5,9).

Die katholischen Bischöfe schrieben im Jahr 2000: „Weil der Ertrag gerechten, an der Menschenwürde ausgerichteten Handelns Frieden ist, lässt sich christlich motiviertes Friedensengagement von einem umfassenden Verständ-

nis des menschlichen Lebens im Verhältnis zu Gott, zum Mitmenschen und zum gesellschaftlichen Zusammenleben leiten. Deshalb gehört es zum Dienst für den Frieden aller, sich auch im Rahmen einer gewaltbewehrten Friedensordnung für jenes Mehr an Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit und Versöhnung einzusetzen, das zu erfahren ihnen geschenkt wurde, und zwar wo und wann immer dies möglich ist.“³⁵ „Unter allen Völkern sollen seine Jünger Friedensboten sein“ (Mt 28, 19 f.): „Zum Wesen des Friedens Christi gehört es, geschenkt und bezeugt, gegeben und weitergegeben zu werden, damit immer mehr Menschen aus dem Frieden leben können“³⁶, formulierte die EKD 2007.

„Gerechtigkeit und Frieden in einer interdependenten Welt“ wurde seit der Weltkirchenkonferenz 1968 zum Leitthema kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit: „Da wir heute die Lage der Menschen in der ganzen Welt kennen und auch über die Mittel verfügen, gibt es keine Entschuldigung mehr. Es ist eine Welt, und die ungeheuren Ungleichheiten zwischen den Menschen verschiedener Nationen und verschiedener Kontinente sind so unentschuldigbar wie die großen Unterschiede innerhalb von Nationen.“³⁷ Dabei wurde der Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit konkret ausformuliert: „Dieser Einsatz für Gerechtigkeit in der ganzen Welt ist zugleich ein wirkungsvoller Beitrag zum Frieden. Denn im umfassenden Sinn der biblischen Verkündigung wie auch der politischen Wirklichkeit bedeutet Friede mehr als das Ruhen der Waffen oder auch das ständig bedrohte Gleichgewicht hoch gerüsteter Mächte. Ungerechte Verhältnisse im innenpolitischen wie im weltpolitischen Bereich stellen eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Die Friedensbemühungen der Menschen müssen

daher die Suche nach mehr Gerechtigkeit und den Ausgleich der sozialen Spannungen durch weltweite Entwicklungsprogramme mit einschließen. Entwicklungsverantwortung, Eintreten für Gerechtigkeit und dauerhaften Frieden sind infolgedessen unmittelbar miteinander verknüpft.“³⁸ Mangel an Gerechtigkeit wird hier gesehen als Verletzung des Friedens an sich, nicht nur als eine Gefahr, aus der Unfriede entstehen könnte. Gerechtigkeit in diesem Verständnis war eng mit Verteilungsgerechtigkeit und mit Zugangschancen verbunden, Aspekte, die bei Friedensprozessen bisher noch oft zu kurz kommen. „Da der Entwicklungsbegriff Befreiung von rassistischer und sozialer Diskriminierung einschließt, ... [werden die Christen] ... aufgerufen, angesichts der Entwicklungs- und Rassenprobleme der heutigen Welt aktiv zur Ausweitung und Konkretisierung der Menschenrechte beizutragen.“³⁹

Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit hat die Konflikthaftigkeit des Strebens nach Gerechtigkeit eindeutig bejaht und geht bewusst damit um. „In der Gestalt gesellschaftlicher Diakonie begibt sich die Nächstenliebe in politische Auseinandersetzung. Das gilt für den nationalen in gleicher Weise wie für den internationalen Bereich. Dabei entstehen Spannungen und Konflikte, die ausgetragen werden müssen. Nicht selten sind Konflikte zu verstärken, ehe eine sozial gerechtere und menschenwürdigere Form des Zusammenlebens erreicht werden kann.“⁴⁰ Auch dies gehört zur Suche nach nachhaltigem Frieden: den schwierigen Weg zu akzeptieren, bei dem es nicht möglich ist, sich aus Konflikten herauszuhalten und den Frieden aufzubauen, ohne erst in die Niederungen der Konflikte hinabzusteigen und sie zu bearbeiten, ohne Gewalt anzuwenden oder zu provozieren.



Nicht der Konflikt ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie Menschen, wie Gesellschaften ihn austragen.

*... den schwierigen Weg
akzeptieren, bei dem es
nicht möglich ist, sich aus
Konflikten herauszuhalten
und den Frieden
aufzubauen, ohne erst in die
Niederungen der Konflikte
hinabzusteigen und
sie zu bearbeiten,
ohne Gewalt anzuwenden
oder zu provozieren.*

Im Zentrum steht nicht der Wunsch, Konflikte zu vermeiden, sondern ins Zentrum rückt die Art und Weise der Konfliktaustragung. Es geht um die Vermeidung von Gewalt und Zerstörung, von Leiden der Menschen. Nicht der Konflikt ist das Problem, sondern die Art und Weise, wie Menschen, wie Gesellschaften ihn austragen. Für diese Austragung müssen neue Formen gefunden werden. Hierzu tragen viele Menschen unterschiedlicher Religionen, Gruppen und sozialer Schichten täglich in der Welt mit ihrem friedlichen Engagement in Kriegs- und Krisenregionen, oft unter Einsatz ihres Lebens, bei. Sie haben unsere Unterstützung nötig, und sie zu unterstützen fordert uns in unserem Leben, unseren Haltungen und unserem eigenen Engagement für die Gerechtigkeit und nachhaltigen Frieden heraus.

Jeder Mensch ist eingeladen, wie es Papst Benedikt XVI in einer Botschaft zum Internationalen Tag des Weltfriedens 2008 formulierte, „sich der gemeinsamen Zugehörigkeit zu der einen Menschheitsfamilie noch klarer bewusst zu werden und sich dafür einzusetzen, dass das Zusammenleben auf der Erde immer mehr diese Überzeugung widerspiegelt, von der die Errichtung eines wahren und dauerhaften Friedens abhängt“⁴¹.

Birgit Felleisen ist Historikerin und Politikwissenschaftlerin sowie Trainerin für Gewaltfreies Handeln. Beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor arbeitet sie als Referentin für Friedensförderung und Konfliktbearbeitung.



Dr. Wolfgang Heinrich studierte Kulturanthropologie und psychologische Anthropologie mit Promotion zum Thema „Ethnische Identität und Staatenbildung“ und leitet seit 2002 die Arbeitsstelle Frieden und Konfliktbearbeitung des Evang. Entwicklungsdienstes (EED). Zu seinen Aufgaben zählt u. a., lokale Akteure in Krisen- und Konfliktgebieten zu beraten und zu begleiten.

Fußnoten und Anmerkungen:

¹ Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (s. Literaturhinweise)

² Promoting development through the reduction and prevention of armed violence, (s. Literaturhinweise)

³ Jacques Diouf, Direktor der Welternährungsorganisation FAO, zitiert in TAZ, 20./21. Juni 2009:9

⁴ Ann Veneman, Direktorin des UNO-Kinderhilfswerks UNICEF, zitiert in Frankfurter Rundschau, 18.10.2007

⁵ Umfrage des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK), zitiert durch KANN, 13.8.2009.

⁶ Ebenda, Ziffer 15 - 17, S. 7 - 8

⁷ Ghali, Boutros Boutros (s. Literaturhinweise)

⁸ s.a. Weingardt, Markus, 2007

⁹ Anderson, Mary B.: Do No Harm. How Aid Can Support Peace – or War. Boulder, Col., 1999; Bush, Kenneth, 1998: A Measure of Peace; Goodhand, Jonathan, 2001: Conflict Assessment; Reimann, Cordula, 1998, (s. Literaturhinweise)

¹⁰ Heinrich, Wolfgang, 2006, S. 115; Petry, Martin, S. 123 (s. Literatur)

¹¹ Harald Welzer: Klimakriege, S.14 (s. Literaturhinweise)

¹² Vera Krause: Heute in der Schöpfung leben – verwurzelt im Frieden. Eine politisch-theologische Ermutigung zum verantwortungsvollen Leben und Handeln in der Einen Welt. Festvortrag zur 80. Jubiläumswallfahrt der Frauenfriedenskirche. Unveröffentlichtes Manuskript Mai 2009, S. 8

¹³ Der Begriff „vernetzte Sicherheit“ steht gegenwärtig im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung in Deutschland über die Strategie in Afghanistan. Er wird verwendet, um die – politisch gewollte – Anwendung ziviler und militärischer Methoden sowie die Zusammenarbeit von militärischen und zivilen Kräften bei einer internationalen militärischen Intervention zu beschreiben. Dabei stehen zum einen die „Sicherheit der Truppen“ [troop security] und zum anderen die „Sicher-

heit des Staates“, d.h. die – auch Gewalt gestützte – Durchsetzung des Machtanspruches einer Regierung, im Vordergrund. Siehe hierzu auch: VENRO-Positionspapier 1/2009 und 7/2009 (s. Literatur: Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen)

¹⁴ Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) und Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, 1999: Frieden muss von innen wachsen

¹⁵ ebenda, S. 7 f.

¹⁶ Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe, APRODEV: Robinson, Clive: Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union, S. 7

¹⁷ ebenda, S. 6

¹⁸ Dieser Abschnitt lehnt sich an die Kommentierung des dritten Umsetzungsberichtes der Bundesregierung zum Aktionsplan zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung 2010 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) (im Erscheinen) an.

¹⁹ Barthélemy Prosper Enfantin in einem Brief am April 2, 1841 an General Saint-Cyr Nugues: „Le fameux dicton ... me semble beaucoup moins vrai, pour le XIX siècle, que Si vis pacem, para pacem.“

²⁰ Die deutsche Bischöfe, 2000: Gerechter Friede

²¹ Evangelische Kirche in Deutschland, 2007: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen

²² (s.a. Anm. 13) Der von den VN 1994 eingeführte Begriff „menschliche Sicherheit“ wird teilweise als Gegenkonzept zum Begriff „vernetzte Sicherheit“ verwendet. Er beschreibt ein Sicherheitsverständnis, das die „Sicherheit der Menschen“ in Anlehnung an das Konzept der „menschlichen Entwicklung“ in den Mittelpunkt stellt. Dieses multi-dimensionale Konzept umfasst Sicherheit vor Armut, Sicherheit vor Hunger, Sicherheit vor Krankheit, Sicherheit vor Umweltschäden, persönliche Sicherheit, Sicherheit der Gemeinschaft und Sicherheit vor politischer Unterdrückung für jeden Menschen. Im Dezember 2001

wurde dieses Verständnis von Sicherheit im Bericht „The Responsibility to Protect“ der International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) weiter entfaltet. (<http://www.iciss.ca/menu-en.asp>)

²³ Die deutsche Bischöfe, 2000: Gerechter Friede, S. 11

²⁴ Gerechter Friede, a.a.O., S. 36

²⁵ Der mennonitische Friedensforscher und -praktiker John Paul Lederach hat dafür einen eigenen Begriff geprägt: „Justpeace“

²⁶ Moltmann, Bernhard, 2009: Prävention – Gründe für die kurze Karriere eines langfristigen Politikansatzes, S. 269

²⁷ Promoting Development Through The Reduction And Prevention Of Armed Violence

²⁸ Die Auseinandersetzungen über die dänischen Karikaturen sind ein einprägsames Beispiel für den politischen Gebrauch des Religiösen und zugleich die quasi religiöse Überhöhung des Säkularen (Betonung der Meinungs- und Pressefreiheit)

²⁹ siehe hierzu insbesondere: Jürgensmeyer, Mark, 2009: Die Globalisierung religiöser Gewalt

³⁰ Misereor, Brot für die Welt, EED, 2003, S. 2

³¹ United Nations Development Programme (UNDP), 1990

³² Misereor, Brot für die Welt, EED, 2003

³³ Evangelische Kirche in Deutschland 1994, S. 14

³⁴ Evangelische Kirche in Deutschland, 2002

³⁵ Die deutsche Bischöfe, 2000: Gerechter Friede, Abs. 55

³⁶ Denkschrift der EKD 2007, S. 28

³⁷ Evangelische Kirche in Deutschland, 1973, S. 17

³⁸ ebenda, S. 18

³⁹ ebenda, S. 30

⁴⁰ ebenda, S. 55

⁴¹ „Die Menschheitsfamilie, eine Gemeinschaft des Friedens.“ Botschaft seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI zur Feier des Weltfriedenstages 1. Januar 2008

Hinweise auf genannte oder vertiefende Literatur:

Anderson, Mary B.: Do No Harm. How Aid Can Support Peace – or War. Boulder, Col., 1999

Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) und Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, 1999: Frieden muss von innen wachsen. Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit. Ein Werkstattbericht der kirchlichen Hilfswerke. Bonn

Bush, Kenneth, 1998: A Measure of Peace: Peace And Conflict Impact Assessment of Development Projects in Conflict Zones. (Working Paper No. 1, IDRC. Washington, London

Die deutsche Bischöfe, 2000: Gerechter Friede. Hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 27. September 2000

Die Menschheitsfamilie, eine Gemeinschaft des Friedens. Botschaft seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI zur Feier des Weltfriedenstages 1. Januar 2008

Evangelische Kirche in Deutschland, 1994: Schritte auf dem Weg des Friedens, EKD Texte 48, Hannover

Evangelische Kirche in Deutschland, 1973: Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Hannover, S. 17

Evangelische Kirche in Deutschland, 2002: Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Gewaltsame Konflikte und zivile Interventionen an Beispielen aus Afrika. EKD Texte 72, Hannover

Evangelische Kirche in Deutschland, 2007: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2007

Ghali, Boutros Boutros, 1992: An Agenda for Peace. Preventive Diplomacy, peacemaking and peacekeeping. UN Dok A/47/277-S/2411, 17. Juni 1992 (<http://www.un.org/Docs/SG/agpeace.html>)

Goodhand, Jonathan, 2001: Conflict Assessment. A synthesis report. In: The Conflict Security Gap, London

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung, 2010: Conflict Barometer 2009. 18th Annual Conflict Analysis. (<http://hiik.de/de/konfliktbarometer/>)

Heinrich, Wolfgang, 2006: Tauben? Adler? Geier? Das Beispiel Kongo. In: Jahrbuch Gerechtigkeit II: Reichtum – Macht – Gewalt. Sicherheit in Zeiten der Globalisierung. Oberursel 2006, S. 115

Jürgensmeyer, Mark, 2009: Die Globalisierung religiöser Gewalt. Von christlichen Milizen bis al-Qaida. Hamburg

Krause, Vera, 2009: Heute in der Schöpfung leben – verwurzelt im Frieden. Eine politisch-theologische Ermutigung zum verantwortungsvollen Leben und Handeln in der Einen Welt. Festvortrag zur 80. Jubiläumswallfahrt der Frauenfriedenskirche. Unveröffentlichtes Manuskript Mai 2009

Misereor, Brot für die Welt, EED, 2003: Entwicklungspolitik im Windschatten militärischer Interventionen?, Aachen, Bonn, Stuttgart

Moltmann, Bernhard, 2009: Prävention – Gründe für die kurze Karriere eines langfristigen Politikan-satzes, in: Friedensgutachten 2009, Berlin/ Münster, S. 268 – 279, S. 269

Petry, Martin, 2006: Das Beispiel des Erdölprojektes Tschad – Kamerun. Die Überwindung von Gewalt im Kontext von Gewaltökonomien. In: Jahrbuch Gerechtigkeit II, Oberursel 2006, S. 123

Promoting development through the reduction and prevention of armed violence. Vereinte Nationen, 2009. Report of the Secretary-General, 5. August 2009, Dokument A/64/228

Reimann, Cordula, 1998: Zivile Konfliktbearbeitung deutscher NROs und Einrichtungen. Berghof Arbeitspapiere 16, Berlin

Robinson, Clive: Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union.

Eine Untersuchung im Auftrag der „Association of World Council of Churches related Development Organisation in Europe“ (APRODEV), Juni 2005, deutsche Fassung Dezember 2005, hrsg. von Brot für die Welt und EED, Stuttgart, Bonn 2005

United Nations Development Programme (UNDP), 1990: Human Development Report 1990. New York (<http://hdr.undp.org/en/>)

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-regierungsorganisationen, 2009: VENRO-Positionspapier 1/2009: Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan: Eine Zwischenbilanz aus Sicht der deutschen Hilfsorganisationen, Januar 2009

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-regierungsorganisationen, 2009: VENRO-Positionspapier 7/2009: Was will Deutschland am Hindukusch? – Hilfsorganisationen fordern grundlegenden Kurswechsel in der Afghanistan-Politik, November 2009

Vereinte Nationen, 2009: s. „Promoting ...“

Weingardt, Markus, 2007: Religion, Macht, Frieden. Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten. Stuttgart

Welzer, Harald, 2008: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. Frankfurt/Main

Filme:

EZEF: „Pray the Devil Back to Hell“ / „Der Imam und der Pastor“ (beide Filme sind von EZEF herausgegeben und können dort gekauft werden – sind aber auch bei allen Evang. Medienzentralen kostenlos im Verleih; www.ezef.de (0711) 2847285 / <http://evangelische-medienzentralen.de>)

„The Wajir Story“ (erhältlich bei Responding to Conflict, 1046 Bristol Road, Birmingham B29 6LJ, UK; www.respond.org)